



## Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 23.02.2012**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:00 Uhr**

### Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

### Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp  
Herr Ralf Dickmann  
Frau Andrea Geiger  
Herr Peter Hellweg  
Herr Hubert Kobrink  
Frau Elisabeth Lesting  
Herr Helmut Mittelbach  
Frau Katharina Noll  
Herr Uwe Opitz  
Frau Dr. Claudia Preckel  
Herr Gerd Rembrink  
Herr Alexander Ringbeck  
Herr Wolf-Rüdiger Soldat  
Herr Florian Westerwalbesloh  
Frau Lena Wickenkamp  
Herr Arno Zurbrüggen

### Verwaltung

Frau Mechthild Gröver  
Herr Michael Jathe  
Frau Annette Mingo

**Schriftführerin**

Frau Hannelore Rampelmann

**sonstige**

Frau Haunhorst

**es fehlten entschuldigt:**

Herr Eugen Gette

Frau Dr. Birgit Schneider

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Einwohnerfragestunde	5
2. Befangenheitserklärungen	5
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.10.2011	5
4. Sachbericht SGB XII – Etatansätze 2012/201 (Produkte 05.01.02 – 05.01.03 – 05.02.01) Vorlage: M 2012/500/2401	5-6
5. Sachbericht Familienunterstützung - Etatansätze 2012/2013 Vorlage: M 2012/500/2394	6-7
6. Sachbericht Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integration Etatansätze 2012/2013 (05.03.02 div. + 05.03.04) Vorlage: M 2012/500/2395	7
6.1. 6.1 Seniorenarbeit Vorlage: M 2012/500/2396	7-8
6.2. 6.2 Ehrenamtszentrale Vorlage: M 2012/500/2397	8
6.3. 6.3 Integration Vorlage: M 2012/500/2398	8-9
7. Sachbericht Asyl- Etatansätze 2012/2013 (05.04.01) Vorlage: M 2012/500/2399	9-10
8. Kommunalpolitische Arbeitsmarktförderung/Vertrag Pro Arbeit e.V. – Etatansätze 2012/2013 (Produkte 05.04.01 + 05.04.03) Vorlage: M 2012/500/2402	10
9. Sachbericht zum Wohngeld Vorlage: M 2012/500/2403	11
10. Verschiedenes	12
10.1. Mitteilungen der Verwaltung	12
10.2. Anfragen an die Verwaltung	12



Die Vorsitzende, Frau Krause, begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses, die Vertreter der Verwaltung sowie Frau Haunhorst von der „Glocke“.

## Öffentliche Sitzung

### 1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

### 2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich keiner der Ausschussmitglieder befangen.

### 3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.10.2011

Herr Hellweg stellt noch eine Anfrage zu dem Tagesordnungspunkt 4 der v.g. Sitzung. Da dieser Einwand nichts mit der Genehmigung des Protokolls zu tun hat, wird die Anfrage auf den Tagesordnungs-Punkt 8 dieser Sitzung verwiesen.

**Beschluss:** Der Ausschuss genehmigt einstimmig das Protokoll vom 17.11.2011.

### 4. Sachbericht SGB XII – Etatansätze 2012/201 (Produkte 05.01.02 – 05.01.03 – 05.02.01) Vorlage: M 2012/500/2401

Frau Gröver berichtet, dass die Gesamtfallzahlen in der Sozialhilfe und die Grundsicherung im Jahr 2011 von 150 Fälle/Januar 2011 auf 159 Fälle/ Dezember 2011 gestiegen sind und damit den Trend ständig anwachsender Fallzahlen im SGB XII bestätigen.

Die Gesamtausgaben für Hilfeleistungen der Sozialhilfe/3. Kap. SGB XII und Grundsicherung/ 4. Kap. SGB XII lagen im Jahr 2011 bei 848.280 € und damit um 120.185 € höher als im Jahr 2010. Das entspricht einer Kostensteigerung von rd. 16,5 % gegenüber dem Vorjahr. Mehrere Gesetzesänderungen wie Regelsatzerhöhungen, Übernahme höherer Heiz- und Warmwasserkosten sind Hauptursache dieser Kostensteigerung; verstärkt wird der Effekt durch die steigenden Fallzahlen.

### Ausgabenzusammenstellung 2010 zu 2011

	2010 in Euro	2011 in Euro
3. Kapitel SGB XII	82.589,00	128.905,00
4. Kapitel SGB XII unter 65 Jahren	361.896,00	384.203,00
4. Kapitel SGB XII über 65 Jahre	283.610,00	335.172,00
5. Kap. SGB XII Krankenhilfe	1.901,00	1.358,00
Gesamtausgaben	729.996,00	849.638,00

### Etatansätze - Aufwendungen - 2012/2013:

	2012 in Euro	2013 in Euro
05.01.02 5331001	125.000,00	135.000,00
3. Kapitel SGB XII		
05.01.03 5331001	760.000,00	790.000,00
4. Kapitel SGB XII		
05.01.02 533901	2.000,00	2.000,00

Krankenhilfe 5. Kap. SGB XII		
Gesamtaufwendungen	887.000,00	927.000,00

Die Aufwendungen sind jeweils durch Erträge (Buchungsstelle 4482001) gegenfinanziert.

Die Aufwendungen im Bereich SGB XII werden durch den Kreis erstattet; eine kreisweite kommunenscharfe Umverteilung der Kosten erfolgt im Rahmen der Kreisumlage.

Ab 2014 ist die Kostenübernahme der Grundsicherungsleistungen durch den Bund vorgesehen, um die Kommunen dauerhaft von diesen Sozialleistungen zu entlasten.

Auf Veranlassung des Kreises Warendorf werden alle Kommunen die Sachbearbeitung der Leistungen im SGB XII und Asyl auf das Programm LÄMMKOM umstellen. Dieses Programm wird seit Anfang 2011 auch für die Sachbearbeitung im SGB II im Jobcenter des Kreises Warendorf genutzt. Die Beteiligten erhoffen dadurch Einspareffekte vor allem in der gemeinsamen IT-Betreuung, bei der Auswertung von Statistiken, durch kreisweit einmaliges Einpflegen von Gesetzesänderungen und einheitliche Bescheidvorlagen zu erzielen.

In den monatlichen Zahlungsläufen soll es dann möglich werden, die Hilfeleistungen direkt über den Kreisetat zu buchen und die bisherige Erstattungsregelung entfallen zu lassen. Als Folge wären dann keine Mittel im Etat der Stadt Oelde mehr vorzusehen; die Etatisierung würde ausschließlich über die Kreisumlage erfolgen.

Herr Soldat stellt fest, dass die steigenden Kosten in der Grundsicherung sowie für die Hilfeleistungen der Sozialhilfe/3. Kap. SGB XII sicherlich mit der Zunahme der älteren Menschen zusammenhängt. Da die Kosten ab 2014 hierfür durch den Bund übernommen werden sollen, könnte man sich vorstellen, dass die Kosten, die den Haushalt der Kommunen bislang belastet haben, abnehmen werden. Herr Jathe teilt dazu mit, dass wahrscheinlich die Kommunen dann für andere Aufgaben finanziell eintreten müssen, sodass voraussichtlich keine Kostenreduzierung bei den Kommunen erfolgen wird.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt, die Etatansätze aus dem Etatentwurf zu übernehmen.

#### **5. Sachbericht Familienunterstützung - Etatansätze 2012/2013 Vorlage: M 2012/500/2394**

Frau Gröver berichtet, dass In der Sitzung vom 05.12.2011 der Rat beschlossen hat, den bisherigen Familienpass wegen der vorrangigen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket aufzugeben. Stattdessen ist eine Familienunterstützung vor allem für Familien mit behinderten Kindern oder behinderten Elternteilen eingeführt worden. Sie können unabhängig vom Einkommen eine Unterstützung für Kurse der VHS, den Büchereiausweis oder die Geldwertkarte im Hallenbad auf Antrag wie bisher erhalten. Diese Zuschussmöglichkeiten bestehen für Leistungsbezieher im SGB II, XII und Asyl auch noch fort.

Eine Unterstützung der Ferienfreizeiten anerkannter Bildungsträger kommt weiterhin für Bezieher von Wohngeld, SGB II oder SGB XII in Frage, sollten diese nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket übernommen werden.

Alle dem FD Soziales, Familien und Senioren bekannten Familien sind inzwischen schriftlich über die Umstellung in der Familienförderung informiert worden.

Die Gesamtausgaben 2011 für den Familienpass betragen mit Stand vom 26.01.2012

- 7.506,00€ davon
- 866,00€ für Essensgeld
- 6.640,00€ für sonstige Leistungen aus dem Familienpass.

Für eine klare Abgrenzung im Etat ist ab 2012/2013 für den Ansatz der Familienunterstützung unter 05.01.05 5318013 eine neue Kostenstelle mit dem vom Rat beschlossenen Ansatz i.H.v. 8.000,00€ gebildet worden.

Auf Nachfrage von Frau Wickenkamp, ob bislang auch Wohngeldempfänger berücksichtigt worden sind, wird dies von der Verwaltung verneint.

Herr Jathe teilt mit, dass der Bedarf, Familien im Wohngeldbezug bei der Sprachförderung von Erwachsenen zu unterstützen, erstmalig bei der VHS entstanden ist. Daher empfiehlt die Verwaltung, diese Förderung von Familienunterstützung einzubeziehen.

Frau Geiger fragt an, ob die Bewohner des Ambrosiushauses bereits in das Blickfeld für Unterstützungen bei der Eingliederung in das Alltagsleben unserer Stadt gerückt sind. Unterstützt durch Herrn Bovekamp und Frau Wickenkamp wird eine Einbeziehung dieses Personenkreises befürwortet. Es soll überlegt werden, wie man diese Familien oder Einzelpersonen mehr unterstützen kann.

Der Ausschuss befürwortet eine Aufstockung der geplanten Familienunterstützung um weitere 2.000 € auf nunmehr 10.000 €. Insbesondere sollen dadurch Wohngeldempfänger bei der Sprachförderung unterstützt werden.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Ansatz für die Familienunterstützung um 2.000 € auf nunmehr 10.000 € aufzustocken, um insbesondere die Wohngeldempfänger bei der Sprachförderung zu unterstützen.

## **6. Sachbericht Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integration Etatansätze 2012/2013 (05.03.02 div. + 05.03.04)**

**Vorlage: M 2012/500/2395**

### **6.1. 6.1 Seniorenarbeit**

**Vorlage: M 2012/500/2396**

Frau Gröver berichtet, dass das ehrenamtliche Angebot des SeniorenForums in den Räumen an der Overbergstr. 4 sehr gute Nachfrage erfährt, vor allem das Internet-Café und die Spielegruppe sind sehr gut besucht.

Im Etatansatz 2012/2013 sind wieder zwei Bunte Nachmittage im Herbst eingeplant, dadurch entstehen Mehrkosten gegenüber dem Ansatz 2011 in Höhe von 1.500€.

Bisher nicht im Ansatz für 2013 berücksichtigt ist eine Seniorenmesse, wie sie 2008 stattgefunden hat. Turnusgemäß sollte diese Messe alle drei bis vier Jahre stattfinden. Entsprechende Anfragen zur Messe liegen vor.

Für eine Seniorenmesse/Gesundheitsmesse wären mindestens 5.000€ zzgl. der Personal- und Sachkosten im Etatansatz vorzusehen.

Der Gesamtansatz für die Seniorenarbeit/Altenhilfe/Förderung des Ehrenamtes unter dem Produkt 05.03.02 (Sachkonten 528001 – 5442010) liegt

für 2012 bei 17.300€

für 2013 bei 17.500€.

Mit dem Ansatz werden die Kosten des Treffpunktes in der Overbergstraße und der Ehrenamtszentrale wie Versicherungen, Auslagen der ehrenamtlichen Gruppen im SeniorenForum, Telefonkosten und Fortbildungen bestritten.

Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich dafür aus, dass eine erneute Messe angeboten wird. Frau Geiger betont, dass so eine Veranstaltung nicht nur für Senioren sein soll. Herr Bovekamp weist

darauf hin, dass es wichtig ist, den Bürgern aufzuzeigen, wie sie ihr Leben und Wohnen im Alter gestalten können.

Herr Zurbrüggen fragt nach, ob es möglich sei, Sponsoren ins Boot zu holen.

Herr Westerwalbesloh will wissen, ob auch Standgebühren für die Aussteller anfallen.

Frau Gröver teilt mit, dass es bei der letzten Seniorenmesse keine Standgebühren gab.

Seitens der SPD wird vorgeschlagen, ein geringes Standgeld (100 – 150 €) für Firmen und Gewerbetreibende zur Teilfinanzierung zu nehmen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig auf Antrag der FWG-Fraktion, für das Jahr 2013 5.000 € für eine Senioren-/Gesundheitsmesse bereitzustellen.

Weitere 5.000 € sollen auf Antrag der FWG mit Sperrvermerk in den Haushalt 2013 eingestellt werden.

Dieser Antrag wird von der CDU-Fraktion unterstützt und an den Finanzausschuss herangetragen.

Zusätzlich beantragt die CDU-Fraktion für den Haushalt 2012 2.000 € für die Seniorenarbeit bereit zu stellen, insbesondere für die Organisation einer Stadtrundfahrt für in der Mobilität eingeschränkte Personen (u.a. für die Bewohner des Ambrosius-Hauses).

## **6.2. 6.2 Ehrenamtszentrale** **Vorlage: M 2012/500/2397**

Frau Gröver berichtet, dass das Angebot der Ehrenamtszentrale vor allem im Internet gut nachgefragt wird. Seit dem Start im April 2011 sind 1.444 Klicks auf die „Stellenangebote im Ehrenamt“ erfolgt. Besonders häufig wurden dabei Angebote des Oelder Tisches, der Kindergärten und Senioreneinrichtungen gesichtet. 17 Personen haben sich für ein konkretes Angebot interessiert, weitere Unterlagen für einen ehrenamtlichen Einsatz erhalten und sind in den meisten Fällen dort noch aktiv.

Was der Ehrenamtszentrale fehlt, sind mehr Interessenten für ein Ehrenamt, denn Stellenangebote liegen vielfältig vor.

Abordnungen aus den Kommunen Beckum, Ennigerloh, Sendenhorst, Lübbecke und der Akademie Ehrenamt haben sich in der Ehrenamtszentrale vor Ort über Arbeit und Einrichtung der Ehrenamtszentrale informiert.

Die Herren der Ehrenamtszentrale unterstützen den Fachdienst Soziales, Familien und Senioren weiter bei den Aktivitäten für die Ehrenamtskarte NRW; aktuell insbesondere bei der Partnerwerbung unter den Geschäftsleuten.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **6.3. 6.3 Integration** **Vorlage: M 2012/500/2398**

Frau Gröver berichtet, dass der FD Soziales, Familien und Senioren sowie der FD Jugendamt die Gruppe der aktiven Integrationslotsen weiterhin begleiten. Sie organisieren Fortbildungen und versuchen, in weiterer Zusammenarbeit mit der VHS Oelde neue Interessenten für einen Lotsenkurs und Fortbildungen im Ehrenamt zu gewinnen. Derzeit sind 15-20 Personen als Integrationslotse in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern wie Gesundheit und Pflege sowie beim „Oelder Tisch“ tätig.

Als Fortschreibung aus dem KOMM-IN Projekt 2010 „Gesundheit und Pflege für Migranten“ werden schrittweise Einzelmaßnahmen umgesetzt, um Migranten über z.B. über Vorsorge, Hilfestellungen im Gesundheitssystem besser zu informieren.

Am 08. Februar fand eine Führung in der Gynäkologieabteilung des Marienhospitals in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Meyer-Wilmes statt. Im Herbst ist zusammen mit der Caritas und der Krankenkasse Barmer/GEK ein Kurs für pflegende Angehörige geplant. Alle Veranstaltungen werden von einer

Dolmetscherin mit pflegerischen und medizinischen Kenntnissen begleitet, die aus Integrationsmitteln finanziert wird.

Das Integrationslotsenprojekt wurde 2010 durch das Bündnis für Toleranz und Demokratie mit einem Geldpreis i.H.v. 2.000€ ausgezeichnet. Das Preisgeld wird verwendet für einen Besuch in Bonn im Haus der Geschichte am Sonntag, den 25.03.2012. An der Fahrt können auch Aktive aus dem SeniorenForum oder anderen Vereinen teilnehmen, sofern genügend Plätze im Bus zur Verfügung stehen.

Mittel für die Integrationsarbeit sind unter 05.04.03 5281001 mit 10.000 € erfasst; für 2012 enthält der Ansatz zusätzlich 2.000€ aus dem Preisgeld 2011.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **7. Sachbericht Asyl- Etatansätze 2012/2013 (05.04.01) Vorlage: M 2012/500/2399**

Frau Gröver berichtet, dass im Bereich Asyl das Jahr 2011 im Vergleich zu den Vorjahren ein Jahr mit vielen Bewegungen war:

- Neuzuweisungen: 12 Personen dazu 2 Neugeborene
- Abschiebungen: 2
- Anerkennungen bzw. Duldungen, dadurch Änderungen in der Zuständigkeit bei Leistungsbewilligung: 2
- Wegzug in andere Kommunen: 2
- Rückkehrer in Heimatländer: 1 Erw., 1 Kind
- Abmeldungen von Amts wegen: 4

2012: Neuzuweisungen bereits 4 Personen bis 31.01.2012

Durch die Anerkennung einer längerfristigen und schwerwiegenden Erkrankung als Abschiebehindernis konnte eine Person vom Asylbewerberleistungsrecht in die Zuständigkeit des SGB II wechseln. Damit ist vor allem die Möglichkeit einer Krankenversicherung verbunden, was mit einer erheblichen Kostenersparnis für die Stadt Oelde einhergeht.

Die Häuser am Axthausener Weg sind aktuell mit 28 Personen belegt, was Doppelbelegungen der großen Zimmer erfordert.

Aus den anhängigen Asylverfahren kann in mehreren Fällen mit einer Änderung der Zuständigkeit gerechnet werden, so dass diese Personen aus den Übergangwohnheimen ausziehen werden und sich die Belegung wieder entzerren wird.

Aktuell im Leistungsbezug sind 44 Personen, darunter 8 Kinder (3 Säuglinge, 1 Kindergartenkind, 4 Schulkinder),(Stand: Jan. 12)

Bei der Landeszuweisung ist der Ansatz mit 25.000 € unter 05.04.01 4141001 zurückhaltend geschätzt, weil nicht bekannt ist, ob die Landeszuweisung die aktuell steigenden Asylbewerberzahlen berücksichtigt.

Die Asylokosten sind mit 277.000€ unter 05.04.01 5314001 für 2012 und Folgejahre veranschlagt.

Zusätzlich enthalten sind als freiwillige Asylokosten (sonstige Leistungen) die Kosten der ersten Sprachkurse (siehe hierzu Ratssitzung vom 05.12.2011 – TOP Familienförderung).

Der Ansatz sollte ausreichend geschätzt sein, weil die Kosten der Übergangsheime ausschließlich über interne Verrechnungen beziffert werden sollen. Der Mietanteil in den Asyilleistungen wird nur noch aufgeführt, wenn Mieten an einen Vermieter auf dem freien Wohnungsmarkt übernommen werden müssen.

Frau Gröver berichtet, dass davon ausgegangen werden kann, dass in naher Zukunft weitere Asylbewerber kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Ringbeck wird dem Ausschuss nachträglich mitgeteilt, dass eine Abschiebung einer sog. Rückkehrerin mit Kind (nach Polen) als auch nach Serbien erfolgt ist. Ein Asylverfahren für die Mutter war rechtskräftig abgelehnt worden, sie war bereits einmal ausgewiesen worden. Deshalb ist eine erneute Abschiebung im Frühjahr erfolgt.

Gemeinsam mit der VHS werden von der Stadt Oelde für einzelne Personen dieses Personenkreises Sprachkurse sowie Alphabetisierungskurse angeboten. Die Kosten trägt die Stadt Oelde. Wer gemeinnützig bei der Pro Arbeit arbeitet, kann dort an weiteren Kursen teilnehmen.

Vorteilhaft ist, stellt Frau Wickenkamp fest, dass die Asylbewerber sich innerhalb von NRW bewegen dürfen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

### **8. Kommunalpolitische Arbeitsmarktförderung/Vertrag Pro Arbeit e.V. – Etatansätze 2012/2013 (Produkte 05.04.01 + 05.04.03) Vorlage: M 2012/500/2402**

Frau Gröver teilt mit, dass, wie in der Ratssitzung vom 05.12.2011 beschlossen, der Vertrag mit der Pro Arbeit e.V. in Anlehnung an die Vereinbarung mit dem Jobcenter des Kreises Warendorf zur Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen zunächst bis zum 30.06.2012 verlängert und der Zuschuss bis zu diesem Datum auf 36.000 € (30.000€ Allgemeiner Zuschuss und 6.000€ Zuschuss Asyl) festgesetzt wurde.

Der Zuschuss an den Verein Pro Arbeit e.V. zur kommunalen Beschäftigungsförderung ist für die Jahre 2012 – 2015 jeweils mit 60.000€ - Allgemeiner Zuschuss - unter 05.01.03 5314001 und mit 12.000 € - Zuschuss Bereich Asyl – unter 05.04.01 5314001 etatisiert.

Im Kreisausschuss wird das Konzept zur Förderung der Langzeitarbeitslosen Jobcenter des Kreises Warendorf derzeit beraten. Frau Schreier – Geschäftsführerin des Jobcenters – geht davon aus, dass bis zum 23.02.2012 erste Ergebnisse der Beratung vorliegen und diese dem Ausschuss berichtet werden können. Man geht aber davon aus, dass es weniger Brückenjobber geben wird und neue Finanzierungsmodelle überdacht werden sollen.

Herr Hellweg stellt zu Beginn der Sitzung zu Tagesordnungspunkt 3 die Frage an die Verwaltung, wer für die Reinigung der Toiletten im Bahnhofsgebäude zuständig ist. Der Vertrag mit dem Verein Pro Arbeit e.V. lässt nicht erkennen, wie hoch die Kosten der Reinigung sind.

Herr Jathe teilt mit, dass es aus Gründen der Wettbewerbsneutralität nicht mehr gestattet ist, die Reinigung durch Brückenjobber o.ä. durchführen zu lassen. Auch andere Tätigkeitsfelder sind von der BA überprüft worden, u.a. auch im Forum. Hier sind aufgrund der Reduzierung der Arbeitskräfte bei der Pro Arbeit 2010 nur noch Arbeiten in Höhe von 7.000 € geleistet worden. Davor betrug der finanzielle Aufwand über 30.000 €. Frau Gröver ergänzt, dass die geförderte Stelle in der Stadtreinigung bei der Pro Arbeit zum Ende des Jahres auslaufen wird.

Herr Jathe weist weiter darauf hin, dass z.B. die Hausmeistertätigkeiten extra zu finanzieren sind.

Frau Geiger bittet um eine Auflistung, wie viel Geld für welche Arbeiten zusätzlich finanziert werden müssen. Diese Liste wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Bovekamp bittet darum, die Pro Arbeit weiterhin als positives Signal zu sehen. Man solle seitens der Politik das Projekt Pro Arbeit nicht negativ darstellen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 9. Sachbericht zum Wohngeld Vorlage: M 2012/500/2403

Frau Gröver berichtet, dass gestiegene Regelsätze im Bereich SGB II und SGB XII und die Abschaffung der Heizkostenpauschale die Zahl der Wohngeldempfänger etwa wieder auf den Stand von 2006 fallen lassen haben.

Für die Sachbearbeitung hinzugekommen ist seit April 2011 die Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket. Eltern können für jedes Kind in der Schule oder Kindergarten Leistungen aus diesem Paket beantragen. Anders als im SGB II/SGB XII sind die Anträge für die Schulbeihilfe jährlich neu zu beantragen.

Da Wohngeld aus Landesmitteln gezahlt wird, erscheinen die Leistungsaufwendungen nicht im städtischen Etat.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Wohngeldfälle gesamt	592	453	443	838	600	526
Wohngeldfälle Mietzuschuss			379	729	508	435
Wohngeldfälle Lastenzuschuss			64	109	92	91
davon Familien * (geschätzt)	332	254	269	330	336	294
Wohngeld als Mietzuschuss (Jahressumme in 1000 Euro)	489	348	338	526	527	513
Wohngeld als Lastenzuschuss zu Wohneigentum (Jahressumme in 1000 Euro)	73	85	74	97	114	106
Ausgezahlte Summe € pro Fall/ Monat Mietzuschuss	111	114	115	142	143	138
Ausgezahlte Summe € pro Fall/Monat Lastenzuschuss	124	157	152	170	191	182

\*Bis 2005 lieferte das LDS Zahlen zu den Wohngeldbeziehern, der Familienanteil wurde für die Folgejahre mit 56% aller Wohngeldfälle geschätzt – Grundlage sind Erfahrungswerte aus den Vorjahren

Auf Nachfrage von Herrn Dickmann, ob der Energiecheck von Horizonte gut angenommen wird, teilt Frau Gröver mit, dass nur eine geringe Nachfrage herrscht. Die Broschüre für Tipps ist leider viel zu kompliziert.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Soldat war, für welche Schüler es Nachhilfeunterricht nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz gibt. Frau Gröver teilt mit, dass max. 35 Stunden Nachhilfeunterricht gegeben werden können, und nur dann, wenn die Versetzung gefährdet ist.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **10. Verschiedenes**

### **10.1. Mitteilungen der Verwaltung**

- Frau Gröver berichtet, dass die vid-Aktion am 22. Februar zu Ende gegangen ist. Insgesamt erfolgten 60.100 Klicks. Zunächst war die Stadt Oelde einige Zeit an 2. Stelle, rutschte dann aber zum Ende der Klickzeit auf den 4. Platz. Damit ist das Zwischenziel, -die Teilnahme an der Endausscheidung- erreicht worden.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **10.2. Anfragen an die Verwaltung**

Keine Anfragen an die Verwaltung.

Hiltrud Krause  
Vorsitzende

Schriftführer